Lieber Oskar! Bitte sag Deiner Frau, dass es vorbei ist…

Darf man das „Zickenkrieg“ nennen, was derzeit in der sozialistischen Kleinpartei BSW in Thüringen stattfindet? Oder ist das schon diskriminierend, wenn ein Beobachter einfach aufschreibt, wie es ist?

Sahra Wagenknecht ist eine beeindruckende Frau. Man könnte viel über ihre Lebensgeschichte, ihre Haltung zur SED-Diktatur und ihren erfolglosen Versuch, es ihrem Gatten Oskar Lafontaine gleichzutun, schreiben. Der hatte nämlich einst aus Verdruss über seine SPD den Laden verlassen und etwas Neues gewagt: Eine neue Partei namens WASG gegründet, mit der SED-Nachfolgepartei namens – damals gerade – PDS fusioniert und zu Wahlerfolgen in Ländern und im Bund geführt. Der Oskar, der weiß, wie es geht.

+++Lesen Sie gern den Frühen Vogel am Morgen?+++Wenn JEDER von Ihnen nur einmal im Jahr 5 Euro überweisen würde, wäre unsere Existenz gesichert+++Und wir brauchen Ihre Hilfe, um unabhängig weitermachen zu können+++Bitte leisten Sie Ihre Spende über PayPal @KelleKlaus oder mit einer Überweisung auf unser Konto DE18 1005 0000 6015 8528 18+++

Und als seine Frau dann Frakionschefin der fusionierten Partei namens Die Linke wurde, wollte sie – na klar – den Laden kontrollieren, die Regeln vor- und den Ton angeben. Aber, leider, leider, ist Demokratie das Bohren dicker Bretter. Und es gibt immer welche, die hinter den Kulissen das Messer wetzen, die eine andere politische Agenda oder auch einfach nur eigene Karrierepläne haben.

Jedenfalls riss der Streit um die rote Sahra irgendwann nicht mehr ab

Vielleicht wird sie daheim auf dem Sofa dann mit ihrem Oskar eine gute Flasche französischen Rotweins geöffnet und die Lage besprochen haben. Und der erfahrene Politfuchs wird ihr empfohlen haben: Mach doch Deine eigene Partei auf! Dann bist Du die Chefin und rockst die Hauptstadt-Bühne, so wie er selbst es einst tat.

So geschah es dann: Neue Partei, personalisierter Parteiname, nur handverlesene Mitglieder zugelassen, Sahra-Superstar in allen Talkshows der Staatsmedien – fast so wie früher..

Doch der Wähler, dieser unberechenbare Schelm…

Der machte Wagenknecht und ihrem Bündnis BSW bei der Bundestagswahl einen Strich durch die Rechnung. Es reichte nicht für den Einzug ins Hohe Haus. Die Fünf-Prozent-Hürde um rund 13.000 Stimmen verfehlt. Dann nochmal partiell gezählt, ein paar Stimmen gefunden, aber es fehlen halt immer noch 9500 Stimmen. Sahra muss draußen bleiben.

Jetzt haben Sie beim Bundeswahlleiter beantragt, alle Stimmzettel der Bundestagswahl noch einmal nachzuzählen. Es müssen sich doch noch ein paar finden lassen, oder? Demokratie ist so mühsam, wir

Frau Wagenknecht in manchen einsamen Stunden denken und von der guten alten Zeit in der DDR träumen wird, wo ein Zettel von Hans Modrow mit einer Zahl drauf in Dresden schon vor dem Urnengang festlegte, wie die Wahl auszugehen hat.

Selbst wenn die Bundeswahlkommission beschließen sollte, dass die gesamte Bundestagswahl noch einmal nachgezählt wird – was ist für ausgeschlossen halte – würde das ganze Verfahren Jahre dauern. Aber klar ist: Sahra Wagenknecht wird dem neuen Bundestag auch in ein paar Monaten nicht angehören. Meine persönliche Voraussage: Sie wird dem Bundestag nie wieder angehören.

Denn inzwischen gibt es auch im BSW Ärger

Denn Wagenknecht bekommt Gegenwind, weil irgendwie nicht alle so spuren, wie sie es anordnet. In Thüringen zum Beispiel. Da gibt es die Landesvorsitzende Katja Wolf, die in der „Brombeerkoalition“ unter CDU-Voigt mitregiert. Das stört Wagenknecht, weil das linksextreme Profil verwässert wurde oder so. Und sie organisierte eine Gegenkandidatin für Wolf beim Landesparteitag, um sie durch Wagenknecht-treue Genossen zu ersetzen. Ähnlich, wie Putin das mit Selenskyj auch möchte. Einfach austauschen. Doch Wolf wurde einfach wiedergewählt – entgegen dem ausdrücklichen Wunsch Wagenknechts.

Das BSW bröckelt an allen Ecken und Kanten

Der Hamburger Landesverband klagt über die „dirigistische Politik“ der Genossin Wagenknecht. BSW-Stadträte in Rostock verließen gerade vorgestern die Wagenknecht-Partei und machten rüber – zurück zur Linken, wo sie hergekommen waren. Und so weiter.

Bei Sandra Maischberger gab sich Wagenknecht jetzt noch einmal in Kämpferpose, das kann sie. Das Parteiprofil der BSW solle „geschärft werden“, und auch der Parteiname geändert, kündigte sie an. „Wir werden größer“, verspricht sie.

Lieber Oskar! Bitte mach eine weitere Flasche Rotwein auf und bitte Deine Frau aufs Sofa! Einer muss ihr sagen, dass es vorbei ist. Bitte!

Der Gast aus Amerika erteilt dem Polit-Establishment eine Lehrstunde in Sachen Demokratie

Am spärlichen Beifall zum Schluss der Rede des amerikanischen Vizepräsidenten D. J. Vance ließ sich erahnen, welchen Donnerschlag er mit seine Rede unter den Politikern des internationalen Establishments gerade gezündet hatte. *„Ein neue Sheriff ist in der Stadt“*, hatte Vance gesagt und dann

klar formuliert, was die versammelte deutsche und europäische Polit-Elite nicht hören will.

Zum Beispiel, dass es ein „Skandal“ sei, dass AfD und BSW nicht zur Münchner Sicherheitskonferenz eingeladen wurden. Vance: *„In einer Demokratie gibt es keinen Platz für Brandmauern.* Wenn unbequeme Parteien ungehört blieben, drohten „instabile Verhältnisse“.

Ich hoffe, Friedrich Merz hat aufmerksam zugehört

„Wir sollten uns nicht vor den Menschen fürchten, nur weil sie eine andere Sichtweise haben, als die Regierung sie vertritt“, rief Vance den versammelten Politikern in Erinnerung.

Und das war nicht alles: Die unkontrollierte Massenmigration in die Vereinigten Staaten und Europa sei die größte Herausforderung für die westliche Wertegemeinschaft – nich vor Russland und China.

Vor dem Hintergrund des kürzlichen Terroranschage führte der US-Außenminister aus: „Wie oft muss noch ein Auto in eine Menschenmenge rasen , bis sich etwas ändert?“ Vance: *„Die Migration ist außer Kontrolle geraten.“*

Freie Meinungsäußerung sei das wichtigste Element einer Demokratie, und die Regierung Trump werde energisch gegen Desinformation vorgehen. Auch die, die während der Corona-Krise in den Vereinigten Staaten stattgefunden habe.

BSW-Mitbegründer beschreibt Wagenknecht als „komplett irre“

BSW-Mitbegründer Torsten Teichert, zuständig für den Aufbau der Wagenknecht-Partei im Hamburg, hat in einem Schreiben seiner Parteichef vorgeworfen „komplett irre“ zu sein. Wörtlich: „Du hast mich und viele andere zuerst getäuscht – und dann enttäuscht. Viele ihrer Analysen seien richtig, aber die Umsetzung komplett miserabel.

Teichert, einst Vizepräsident der Handelskammer, schreibt weiter:

„Wir brauchen keinen neuen Führer-Kult. Wir brauchen keine undemokratischen Parteistrukturen. Wir brauchen keine Hetze gegen Ausländer, Asylbewerber und Migranten. Wir brauchen keine historisch idiotische Lobpreisung des deutschen Mittelstands.“

Teichert: „Du hast Dich verrannt in Deinem Zorn – und in Deiner Selbstgerechtigkeit. Nun hat sie Dich eingefangen. Macht und Öffentlichkeit sind ein süßes Gift. Dich hat es erwischt.“ Inzwischen ist er aus dem BSW wiederausgetreten und schreibt: „Aus dem BSW ist eine Sektiererpartei geworden, die Dir

noch blind folgt. Du hast der gesellschaftlichen Linken eine weitere Spaltung zugefügt, nur um danach zu erklären die einstigen Linken, die nicht selbstgerecht sein wollten, müssten nun ‚moderne Konservative' werden. Das ist komplett irre – und historisch schwerwiegend falsch."

GASTSPIEL BORIS REITSCHUSTER: CDU-Brandmauer ist ein „Hohlkörper ohne Bedeutung"

Die CDU in Thüringen hat einen Tabubruch begangen, der seinesgleichen sucht. Mit der Zusammenarbeit der „Linken", also der umbenannten SED, auf deren Stimmen sie jetzt angewiesen ist, und mit der Berufung von Tilo Kummer – einem ehemaligen Angehörigen des DDR-Staatssicherheitsdienstes – in die Landesregierung wirft sie ihr eigenes Erbe und ihre Prinzipien endgültig über Bord. Es ist meines Wissens das erste Mal in der Geschichte der Bundesrepublik, dass ein Ex-Stasi-Mann zum Minister aufsteigt – und das ausgerechnet mit der Hilfe einer Partei, mit der die CDU einen sogenannten Unvereinbarkeitsbeschluss hat. Was bleibt von diesem Beschluss? Nichts als heiße Luft, ein Hohlkörper ohne Bedeutung.

Konrad Adenauer und Helmut Kohl, die Säulen der CDU, würden sich im Grabe umdrehen. Die Partei, die einst Freiheit und Demokratie im Kampf gegen den Sozialismus verteidigte, macht sich nun von einer Partei abhängig, die rechtsidentisch mit der SED ist und deren Erbe fortsetzt. Um die notwendige Mehrheit zu sichern, hat die CDU in Thüringen das sogenannte „3-plus-1-Format" eingeführt, bei dem die Linkspartei regelmäßig zu Gesprächen eingeladen wird, um „zentrale Reformvorhaben" mitzugestalten. Die geplante formelle Zusammenarbeit pervertiert den Unvereinbarkeitsbeschluss der CDU mit der „Linken".

Und als wäre das nicht schon grotesk genug, geht die CDU auch noch in eine Koalition mit der neuen Partei von Sahra Wagenknecht – die nichts weiteres ist als ein Fortsetzungsprojekt der „Linken" in neuem Gewand, sozusagen im Schafspelz. Der Grund für diesen beispiellosen Bruch mit den eigenen (einstigen) Prinzipien: Machtkalkül und Opportunismus.

Tilo Kummer ist nicht irgendjemand

Als Unteroffizier im Wachregiment Feliks Dzierzynski hat er einen Eid auf das Ministerium für Staatssicherheit geschworen. Dzierzynski war Gründer des KGB-Vorgängers Tscheka und einer der schlimmsten Massenmörder in der russischen Geschichte. Das nach ihm benannte Regiment war kein rein militärischer Verband, sondern ein Prestigeobjekt des SED-Regimes, das für die ideologische Nähe zur Machtzentrale stand. Auch wenn es vor allem repräsentative und Sicherungsaufgaben übernahm, symbolisierte es die Macht des Ministeriums für Staatssicherheit und dessen Anspruch, die DDR zu kontrollieren.

Der Rang als Unteroffizier zeigt zudem, dass Kummer nicht nur einfacher Soldat war, sondern aktiv Verantwortung übernahm – was die Darstellung als bloßen Mitläufer in Frage stellt. Mit dieser Vergangenheit einen Ministerposten zu bekleiden, ist mehr als ein Skandal – es ist ein Verrat an allen, die unter dem DDR-Regime gelitten haben.

Man muss sich das Personal der Linkspartei in Thüringen genauer ansehen, um die Dimension des Verrats der CDU zu verstehen: Da sitzen zahlreiche Politiker mit direktem Bezug zur SED und DDR-Diktatur. Die stellvertretende Landesvorsitzende Birgit Pommer war in den 1980er-Jahren Funktionärin der FDJ- und SED-Kreisleitung. Der ehemalige Parlamentarische Geschäftsführer André Blechschmidt war für die Überwachung von Kirchen und deren Kontakten zum Westen zuständig, zusätzlich registriert als „Inoffizieller Mitarbeiter mit Arbeitsakte“ (IMA). Die Liste ließe sich fortsetzen – sie zeigt, wie tief die SED-Vergangenheit in die Strukturen der Linkspartei hineinreicht. Und dennoch sitzt diese Partei heute faktisch mit am Regierungstisch und entscheidet über die politischen Weichenstellungen in Thüringen mit, auch wenn sie offiziell nicht Teil der Regierung ist.

Vor diesem Hintergrund wirkt die Berufung von Tilo Kummer mit seiner Stasi-Vergangenheit in die Landesregierung umso dreister. Der Historiker und Stasi-Aufklärer Hubertus Knabe hat völlig recht, wenn er auf X darauf hinweist, dass ein solcher Fall bislang beispiellos ist. Andrej Holm, einst Staatssekretär in Berlin, musste wegen ähnlicher Vorwürfe nach wenigen Wochen zurücktreten. Wohlgemerkt aus einer Regierung ohne CDU-Beteiligung. Aber in Thüringen scheint das keine Rolle zu spielen – in einer CDU-Regierung. Hauptsache, die Macht bleibt erhalten.

Die Kommentare auf X zu dem Post von Knabe bringen es auf den Punkt

„Unglaublich! Ist es das wert, Ministerpräsident zu werden?“, fragt ein Nutzer. „Was ist aus der CDU nur geworden?“, ein anderer. Und doch beschreibt ein Tweet die Situation vielleicht am besten: „Es wächst zusammen, was zusammengehört!“ Dieser Satz trifft ins Mark – nicht, weil er richtig wäre, sondern weil er die Absurdität und den Verrat an den eigenen Werten in Worte fasst.

Es ist ein beispielloser Vorgang, der zeigt, wie weit Teile der CDU bereit sind zu gehen, um an der Macht zu bleiben. Sie pervertieren ihre eigenen Prinzipien, verraten ihre Geschichte und beschädigen das Vertrauen ihrer Wähler – alles im Namen des Machterhalts. Die CDU in Thüringen hat sich damit selbst einen historischen Tiefpunkt geschaffen.

Die Frage bleibt: Welche Grundwerte sind der CDU noch heilig?

Wenn die Verteidigung von Freiheit, Demokratie und die klare Abgrenzung von diktatorischen Vergangenheiten nicht mehr dazugehören, was dann? Deutschland hat schon mit der Aufarbeitung des Nationalsozialismus versagt, und nun scheint auch die Auseinandersetzung mit der sozialistischen Diktatur endgültig gescheitert zu sein.

Der Verrat an den eigenen Prinzipien in Thüringen zwingt einem eine düstere Vorahnung für die Bundestagswahl im Februar geradezu auf. Die CDU zeigt, wie weit sie bereit ist zu gehen – und wie

beliebig sie geworden ist. Friedrich Merz selbst hat erklärt, dass er sich eine Koalition mit den Grünen vorstellen könne. Kein Wähler wird später sagen können, er sei nicht gewarnt worden: Wer CDU wählt, bekommt eine Partei ohne Richtung, die ihre Prinzipien opfert – Hauptsache, sie bleibt an der Macht.

Brandenburg: Klare Ansage an Wagenknecht

Frau Wagenknechts BSW hat die Koalitionsgespräche in Thüringen, Sachsen und Brandenburg mit großen Backen aufgenommen. Sie will No-Gos für die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik in den Koalitionsverträgen festschreiben. Reine Symbolpolitik, aber Wagenknecht denkt sowieso nur an die Bundestagswahl im September 2025, und ob sie da – im Sinne Moskaus – mit am Tisch sitzen darf.

Nun hat sich auch die brandenburgische SPD zu Wort gemeldet. Sie stellt klar: Wegen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine bestehe *„eine moralische Pflicht, die Ukraine – auch mit Waffen – zu unterstützen“*.

Das finde ich gut und richtig – fragt sich, ob Frau Wagenknecht nun noch zulässt, dass SPD und BSW am Montag in Potsdam über die Bildung einer gemeinsamen Landesregierung verhandeln.

Der Feind im Innern: Ob die CDU den Verlockungen Wagenknechts standhält?

Sahra Wagenknecht und ihr gleichnamiges „Bündnis“ sind vermutlich die größte Gefahr, die unserem Land im Innern droht. Eigentlich verbietet sich jede Kooperation für die Union schon deshalb, wie Wagenknecht eine überzeugte Sozialistin ist. Und Sozialismus hat noch nie funktioniert. Nicht in der DDR und auch nicht bei besserem Wetter auf Kuba oder in Venezuela.

Sozialismus, das widerspricht der Natur des Menschen. Sozialismus hat noch nie irgendwo einer Verbesserung der Lebensverhältnisse für die Menschen gebracht. Und Sozialismus geht immer einher mit Gewalt gegen alle, die bei dem Experiment nicht mitmachen wollen.

Ganz einfach, oder?

Doch Sahra Wagenknecht spielt virtuos damit, dass die Unionsparteien in Sachsen und Thüringen händeringend darauf angewiesen ist, mit der Prada- Sozialistin Landesregierungen zu bilden. Nach den Wahlen im September geht es rechnerisch nicht, wenn man partout daran festhält, sich die 30 Prozent AfD einfach wegzudenken.

Die Brandmauer zu den Rechten nimmt den Unionsparteien jeglichen Gestaltungsraum, ihre dominierende aber bröckelnde Machtposition in Ostdeutschland zu halten.

Und Wagenknecht, wirkmächtigste Putin-Lobbyistin in Deutschland, stellt knallharte Bedingungen und führt die transatlantische Union am Nasenring durch die Manege. Jedenfalls versucht sie es.

Denn in Thüringen stehen CDU, SPD und BSW kurz davor, formell Koalitionsverhandlungen aufzunehmen. Und da grätscht Kreml-Sahra dazwischen und fordert die CDU von Mario Voigt öffentlich dazu auf, sich von ihrem Bundesvorsitzenden Friedrich Merz zu distanzieren:

«Nach der entsetzlichen Rede von Friedrich Merz diese Woche im Bundestag, in der er faktisch einen Kriegseintritt Deutschlands gegen Russland gefordert hat, können wir mit seiner Partei nur in Koalitionen eintreten, wenn die Landesregierung sich von solchen Positionen klar abgrenzt», sagte Wagenknecht dem «Spiegel».

Der hatte Bundeskanzler Olaf Scholz am Mittwoch im Deutschen Bundestag aufgefordert, dem russischen Präsidenten Wladimir Putin ein Ultimatum zu setzen. Entweder er stelle binnen 24 Stunden seine Angriffe auf die zivile Infrastruktur und Bevölkerung der Ukraine ein, oder Deutschland erlaube die Lieferung des Marschflugkörpers „Taurus“ ohne jede Einschränkung.

Und jetzt passiert etwas Erstaunliches

Die Thüringer CDU tanzt nicht mit.

„Ihre Forderungen werden immer abenteuerlicher“, antwortete die Thüringer CDU auf X. Zwar sei man bei den Koalitionsgesprächen mit dem BSW „auf einem guten Weg“. Doch wolle man diese *„am besten ohne weitere unnötige Wortmeldungen aus Berlin“* fortsetzen, hieß es in einem vom stellvertretenden CDU-Landeschef Christian Hirte formulierten Beitrag.

Und Thüringens CDU-Spitzenmann Mario Voigt stellte auf NTV klar: *„Solange Sahra Wagenknecht aus dem Saarland heraus die Ansagen für Thüringen macht, haben wir mit dem BSW keine Gesprächsgrundlage.“*

Mein Rat: Brecht die Gespräche mit dem BSW ab und denkt über eine Minderheitenregierung nach!

Miteinander reden sollte selbstverständlich sein – in Sachsen und anderswo

Interessante Entwicklung in Sachsen. Frühere Minister und Landräte der sächsischen CDU haben in einem Offenen Brief einen Kurswechsel ihrer Partei in Bezug auf die AfD gefordert.

Die CDU könne als „Partei der Mitte“ auf Dauer nicht nur mit links von ihr stehenden Parteien zusammenarbeiten, „ohne ihre eigene freiheitliche und marktwirtschaftliche Identität“ aufzugeben.

Wunderbar formuliert, oder?

Könnte auch von mir sein, denn seit 10 Jahren schreibe ich gebetsmühlenartig auf allen möglichen Plattformen, dass man nicht auf Dauer ein Fünftel der Gesellschaft außen vor lassen kann und darf, wenn man das mit der Demokratie ernst meint. Und das meinen wir doch.

+++BITTE spenden Sie für unsere publizistische Arbeit auf unser Konto DE18 1005 0000 6015 8528 18 oder über PayPal auf das Konto @KelleKlaus+++

Bei meiner Schwarmkonferenz im vergangenen Jahr habe ich unter lautem Beifall formuliert, dass es zwei Vorrausetzungen dafür gibt, dass die Politik in Deutschland entscheidend verändert wird: 1) Die Grünen müssen aus den Regierungen herausgewählt werden und 2) mit der AfD muss endlich gesprochen werden.

Gesprochen, das heißt erstmal nicht koalieren. Das heißt einfach nur sprechen. Denn die AfD-Bundestagsabgeordneten stehen unter einem strickten Kontakt-Bann der versammelten anderen etablierten Parteien. In der Parlamentarischen Gesellschaft abends mal ein Bier zusammen trinken – das war 2017 noch möglich. Heute würde das nur noch im privaten Rahmen möglich sein, auch nicht in Restaurants oder Hotels in Berlin. Ausgeschlossen.

Wer die LINKE, wer Wagenknecht und die BSW im Bundestag erträgt, der muss auch die AfD und das, was ihre Abgeordneten reden, ertragen. Das nennt man DEMOKRATIE. Sie müssen die gleichen Rechte erhalten wie die anderen, das gleiche Geld für ihre Stiftung, die ihr zustehenden Ausschussvorsitze und Plätze im Parlamentspräsidium. Punkt! Es ist im Grunde eine Zumutung, dass man das überhaupt immer wieder öffentlich einfordern muss. Das sollte in einem freiheitlichen Rechtsstaat selbstverständlich sein.

Wenn in Sachsen über 60 Prozent der Wähler CDU und AfD wählen, dann ist es eine Respektlosigkeit, mit Mauer-Sahra auch nur über eine Zusammenarbeit zu reden. Aber sie machen es, und deshalb ist es gut, wenn sich jetzt endlich mal ein paar CDUler vom gemütlichen Sofa erheben und das eigentlich Selbstverständliche anmahnen.

AfD, SPD, BSW, CDU – Egon Krenz liebt sie doch alle (wenn Sie das Geschäft des Kreml betreiben)

Der frühere SED-Generalsekretär und DDR-Staatsratsvorsitzende Egon Krenz freut sich über die Wahlerfolge der AfD und Wagenknechts BSW in Ostdeutschland. Das sei ein Signal, sagte der 87-Jährige, dass die Menschen sich nach Unterwerf….äh, nach Frieden sehnen.

So wundert es nicht, dass olle Egon auf Lob für Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU), Brandenburgs Dietmar Woidke (SPD) und Thüringens CDU-Chef Mario Voigt hat, die alle drei ihren Kotau vor Wagenknecht gemacht haben, damit die ihnen die Mehrheiten zum Regieren in den drei Bundesländern verschafft.

Und weil Krenz gerade in Stimmung war, lobte der Honecker-Nachfolger auch noch Altbundeskanzler Gerhard Schröder (SPD). Zum russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine stellte Krenz über Schröder fest:

„Ich finde, dass er eine gute Position vertritt. Ich bin in dieser Frage mit ihm einer Meinung."

Na, dann mal los….

Das vergiftete Angebot von Herrn Ramelow an die CDU

Thüringens Noch-Ministerpräsident Bodo Ramelow (Linke) hat gestern Abend in der ARD-Palaverrunde „Maischberger" gesagt, dass der Freistaat nicht noch einmal von einer Minderheitsregierung geführt werden dürfe. Da hat Ramelow recht, die Performance seiner rot-rot-grünen Truppe in den vergangenen fünf Jahren war – vorsichtig formuliert – jämmerlich. Und er konnte nur gemütlich in seiner Staatskanzlei in Erfurt sitzen bleiben, weil ausgerechnet die CDU ihm das ermöglichte und immer wieder, zum Beispiel bei der Verabschiedung des jährlichen Haushalts, für die notwendige Mehrheit sorgte.

Gut möglich, dass der regionale CDU-Chef Mario Voigt darauf hofft, dass er für seine Willfährigkeit gegenüber den SED-Nachfolgern jetzt auch einmal etwas zurückbekommt.

Seit der Landtagswahl hat der CDU-Mann mit der SPD und dem sozialistischen Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) von Frau Wagenknecht Verhandlungen über die Bildung einer neuen Regierung geführt. Diese Konstellation hätte im neuen Landtag 44 Stimmen – genauso viele wie die Opposition. Nur

eine Stimme fehlt zur Mehrheit. Und die, hat sich der Mario Voigt gedacht, könnte doch dann von der Linken kommen. Mit der hat Voigts CDU allerdings einen Unvereinbarkeitsbeschluss, weil SED, Stasi, Mauertote und so.

Aber die moderne Volkspartei der Mitte ist ja flexibel, wie wir wissen

Bei Frau Maischberger zockte Ramelow gestern mit einem Ganz-oder-gar-nicht-Angebot. Eine Stimme aus seiner Partei für Voigt werde es nicht geben, lockte der rote Bodo, aber alle Linke-Stimmen könne er natürlich haben in einer offiziellen Koalition zwischen Linken und CDU. Das wären 50 Mandate, und es würde zum Regieren locker reichen.

„Ich bin da sehr nüchtern und habe deswegen Gespräche mit Herrn Voigt geführt, wie ich mir die Amtsübergabe vorstelle, wie ich die Häuser vorbereiten lasse, wie wir den Landeshaushalt vorbereiten lassen für das Jahr 2025“, rechnete Ramelow vor. Und dass die CDU mit der Linken Verhandlungen über so eine Zusammenarbeit ablehne, bezeichnete der Noch-Ministerpräsident als „kurios“.

Das ist es aber nicht, denn die CDU weiß, dass sie damit auch noch den letzten Rest ihrer politischen Seele verkaufen würde. Die „Partei der Deutschen Einheit“ nennen sich die Christdemokraten stolz, und das können sie auch sein. Helmut Kohls Beitrag dazu – nach den mutigen Protesten der Bürger auf den Straßen der früheren DDR 1989 – ist eine historische staatsmännische Leistung gewesen. Darf eine solche Union mit den Tätern von früher paktieren um der schnöden Macht willen? Und dann gleichzeitig „Brandmauern“ zur anderen Seite errichten?

Das darf sie nicht, zumindest muss sie sich ehrlich machen

Denn Frau Wagenknecht, mit dessen Bündnis BSW Voigt und die CDU in Thüringen ebenso wie CDU-Kretschmer und die Sachsen-Union verhandeln, ist ja auch bloß eine Ausgründung aus der SED-PDS-Linken. Frau Wagenknecht selbst war damals ein entscheidender Grund, weshalb die CDU auf einem Bundesparteitag einstimmig den Unvereinbarkeitsbeschluss mit den Kommunisten beschloss. Und jetzt soll die BSW ganz etwas anderes sein, ein gern genommener Koalitionspartner?

DDR-Bürgerrechtler warnen vor Koalitionen mit Wagenknecht

Wenige Wochen vor den Landtagswahlen in drei ostdeutschen Bundesländern haben DDR-Bürgerrechtler der BSW-Chefin Sahra Wagenknecht und anderen Parteimitgliedern Lügen und Desinformation bezüglich des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine vorgeworfen. Und sie warnen die CDU, Koalitionen mit Wagenknecht einzugehen.

So hatten BSW-Mitglieder mehrfach behauptet, dass in der Ukraine „Faschisten“ regieren würden. „Wie soll das gehen, wenn sowohl Präsident als auch der Ministerpräsident Juden sind?“, fragen die Unterzeichner in dem Offenen Brief. Sie kritisieren auch, dass das BSW zu den Zuständen in Russland schweigt, wo Präsident Wladimir Putin die Opposition verbiete und Oppositionelle umbrigen lasse. Weiter: „Warum spricht das BSW die Abschaffung der Medienfreiheit in Russland nicht an?“

Die Unterzeichner zählen weitere Fälle von Desinformation seitens Wagenknecht und des BSW auf: So habe die Partei schnell die Falschmeldung über angeblich in der Ukraine eingesetzte französische Soldaten aufgenommen, obwohl der französische Präsident Macron dementiert habe. Die Meldung über Wagenknechts Aussage hatte zuerst der russische Staatssender Sputnik verbreitet, der in der EU gesperrt ist.

Den Brief unterzeichnet haben demnach Martin Böttger, Marianne Birthler, Rainer Eckert, Markus Meckel, Reinhard Weißhuhn, Christian Dietrich, Katrin Eigenfeld, Joachim Goertz, Christian Halbrock, Gerold Hildebrand, Almut Ilsen, Gisela Kallenbach, Uwe Lehmann, Thomas Pilz, Ulrike Poppe, Utz Rachowski, Lothar Rochau, Mario Schatta, Siegbert Schefke, Jutta Seidel, Barbara Sengewald, Wolfram Tschiche, Esther-Marie Ullmann-Goertz, Reinhard Weißhuhn und weitere Mitglieder der DDR-Bürgerbewegung.